

Der Text dieser Prüfungsordnung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl ist ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Referat L 1 einsehbare Text.

Hinweis: Für Studierende, die ihr Studium vor Inkrafttreten der letzten Änderungssatzung aufgenommen haben: Bitte beachten Sie auch die vorangegangenen Änderungssatzungen mit ihren Übergangsbestimmungen.

**Rahmenprüfungsordnung für die Bachelorstudiengänge
des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
(FAU) – BPOWISO –
Vom 1. August 2006**

geändert durch Satzungen vom

26. Juni 2007
9. Oktober 2007
28. Februar 2008
19. März 2009
28. August 2009
24. Februar 2010
30. Juli 2010
24. Februar 2011
24. Februar 2012
1. August 2012
13. Februar 2013
26. Juli 2013
10. Januar 2014
25. Juli 2014
23. Juli 2015
29. Februar 2016
15. Juli 2016
10. August 2017
14. Juni 2019

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2, Art 58 Abs. 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die FAU folgende Studien- und Prüfungsordnung:

Inhaltsverzeichnis:

I. Allgemeiner Teil	2
§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Bachelorprüfung	2
§ 2 Akademische Grade.....	3
§ 3 Struktur des Bachelorstudiengangs und der Prüfungen, Regelstudienzeit, Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache	3
§ 4 Pflichtbereich, Kernbereich, Vertiefungsbereich, Schlüsselqualifikationen.....	3
§ 5 ECTS-Punkte	4
§ 6 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise, Freiwillige Zwischenprüfungen	4
§ 7 Prüfungsfristen, Folgen des Fristversäumnisses.....	4
§ 8 Zusatzmodule.....	5
§ 9 Prüfungsausschuss.....	6

§ 10	Prüfende, Beisitzerinnen und Beisitzer, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht	7
§ 11	Bekanntgabe der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt, Folgen eines verspäteten Rücktritts	7
§ 12	Anerkennung von Kompetenzen	8
§ 13	Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme	9
§ 14	Entzug akademischer Grade	9
§ 15	Mängel im Prüfungsverfahren	9
§ 16	Anwesenheitspflicht	9
§ 17	Prüfungsarten	9
§ 18	Schriftliche Prüfung, Antwort-Wahl-Verfahren	11
§ 19	Mündliche Prüfung	12
§ 20	Elektronische Prüfung	12
§ 20a	Umfang der Sonderformen von Prüfungsarten	12
§ 21	Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote	13
§ 22	Ungültigkeit der Prüfung	15
§ 23	Einsicht in die Prüfungsakten	15
§ 24	Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde	15
§ 25	Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung	15
§ 26	Nachteilsausgleich	16
II.	Besonderer Teil	16
	Erster Abschnitt: Assessmentprüfung und Bachelorprüfung	16
§ 27	Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen	16
§ 28	Assessmentprüfung (Grundlagen- und Orientierungsprüfung)	17
§ 29	Zweiter Abschnitt der Bachelorprüfung	17
§ 30	Bachelorarbeit	17
§ 31	Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel	19
§ 32	Zweifach	19
III.	Teil: Übergangs- und Schlussvorschriften, Übergangsvorschriften	19
§ 33	In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten	19
Anlage	23-28

I. Allgemeiner Teil

§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Bachelorprüfung

(1) ¹Diese Studien- und Prüfungsordnung regelt das Studium und die Prüfungen in den Studiengängen Wirtschaftswissenschaften, International Business Studies und Sozialökonomik mit dem Abschlussziel des Bachelor of Arts und im Studiengang Wirtschaftsinformatik mit dem Abschlussziel des Bachelor of Science am Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der FAU. ²Sie wird ergänzt durch die jeweiligen **Fachprüfungsordnungen**.

(2) ¹Der Bachelor of Arts und der Bachelor of Science sind erste berufsqualifizierende Abschlüsse des wissenschaftlichen Studiums. ²Durch die Bachelorprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

- gründliche Fach- und Methodenkenntnisse auf den Prüfungsgebieten erworben haben,
- die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse selbstständig anzuwenden und weiterzuentwickeln, und
- auf einen frühen Übergang in die Berufspraxis vorbereitet sind.

§ 2 Akademische Grade

(1) Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung in den Studiengängen Wirtschaftswissenschaften, International Business Studies und Sozialökonomik wird der akademische Grad Bachelor of Arts (abgekürzt: B.A.) verliehen.

(2) Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung im Studiengang Wirtschaftsinformatik wird der akademische Grad Bachelor of Science (abgekürzt: B.Sc.) verliehen.

(3) Der akademische Grad kann auch mit dem Zusatz (FAU Erlangen-Nürnberg) geführt werden.

§ 3 Struktur des Bachelorstudiengangs und der Prüfungen, Regelstudienzeit, Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache

(1) ¹Der Bachelorstudiengang und die Bachelorprüfung bestehen aus zwei Abschnitten. ²Der erste Abschnitt (Assessmentphase) umfasst die Prüfungen der ersten zwei Semester mit 60 ECTS-Punkten. ³Hiervon sind Module im Umfang von 50 ECTS-Punkten im Rahmen der studienbegleitenden Assessmentprüfung (Grundlagen- und Orientierungsprüfung) abzulegen. ⁴Abweichend von Satz 3 umfasst die Assessmentprüfung im Bachelorstudiengang Wirtschaftsinformatik Module im Umfang von 30 ECTS-Punkten. ⁵Der zweite Abschnitt der Bachelorprüfung (Bachelorphase) umfasst die studienbegleitend abzulegenden Prüfungen der weiteren Semester inkl. des Moduls Bachelorarbeit im Umfang von insgesamt 120 bzw. 150 ECTS-Punkten.

(2) ¹Das Studium gliedert sich im

1. Studiengang der Wirtschaftswissenschaften in die Schwerpunkte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik und Wirtschafts- und Betriebspädagogik (Studienrichtung I) sowie Wirtschafts- und Betriebspädagogik (Studienrichtung II)
2. Studiengang der Sozialökonomik in einen verhaltenswissenschaftlichen und einen internationalen Schwerpunkt.

²Die Studierenden der Studiengänge Wirtschaftswissenschaften und Sozialökonomik wählen am Ende des zweiten Semesters einen Schwerpunkt gemäß Satz 1 Nrn. 1 bzw. 2. ³Im jeweiligen Studiengang sind Vertiefungsbereiche definiert, in denen entweder Vertiefungsmodule oder zusammenhängende Studienbereiche nach den Vorgaben der jeweiligen **Fachprüfungsordnungen** gewählt werden. ⁴Zusammenhängende Studienbereiche umfassen 20 ECTS-Punkte aus aufeinander abgestimmten Vertiefungsmodulen, die den jeweiligen Studienbereichen im Modulhandbuch zugeordnet sind. ⁵Es besteht die Möglichkeit, den Studienbereich oder Teile des Studienbereichs im Ausland abzuleisten. ⁶Die zusammenhängenden Studienbereiche werden in den Abschlussdokumenten aufgeführt, wenn sie studiert wurden.

(3) ¹Die Regelstudienzeit beträgt im Bachelorstudium einschließlich der Prüfungen und der Zeit zur Anfertigung der Bachelorarbeit sechs Semester. ²Das Bachelorstudium wird mit dem Erwerb von insgesamt 180 ECTS-Punkten abgeschlossen, die sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen und das Modul Bachelorarbeit enthalten. ³Näheres regeln die **Fachprüfungsordnungen**.

(4) ¹Das Bachelorstudium kann in der Regel nur zum Wintersemester begonnen werden. ²Die **Fachprüfungsordnungen** können hiervon abweichend einen Studienbeginn auch zum Sommersemester vorsehen.

(5) ¹Soweit die jeweilige **Fachprüfungsordnung** nichts anderes regelt, ist die Unterrichts- und Prüfungssprache in den Bachelorstudiengängen Deutsch. ²Einzelne Module können in einer Fremdsprache, insbesondere in Englisch, abgehalten und abgeprüft werden; Näheres regeln die **Fachprüfungsordnungen** bzw. das Modulhandbuch. ³Im Zweifelsfall folgt die Prüfungssprache der Unterrichtssprache.

§ 4 Pflichtbereich, Kernbereich, Vertiefungsbereich, Schlüsselqualifikationen

¹Die Prüfungen erstrecken sich auf die Module des Pflichtbereichs, des Kernbereichs, des Vertiefungsbereichs und des Bereichs Schlüsselqualifikationen; in der Studienrichtung II des Bachelorstudiengangs Wirtschaftswissenschaften im Schwerpunkt Wirtschafts- und Betriebspädagogik wird der Bereich Schlüsselqualifikationen durch das Zweitfach ersetzt. ²Die Prüfungen sämtlicher Bachelorstudiengänge schließen im entsprechenden Modul die Anfertigung einer Bachelorarbeit ein. ³Näheres regeln die **Fachprüfungsordnungen**.

§ 5 ECTS-Punkte

(1) ¹Die Organisation von Studium und Prüfungen beruht auf dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). ²Das Studiensemester ist mit 30 ECTS-Punkten veranschlagt. ³Ein ECTS-Punkt entspricht einer Arbeitszeit von 30 Stunden.

(2) ¹ECTS-Punkte dienen als System zur Gliederung, Berechnung und Bescheinigung des Studienaufwandes. ²Sie sind ein quantitatives Maß für die Arbeitsbelastung der Studierenden.

§ 6 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise, Freiwillige Zwischenprüfungen

(1) ¹Das Studium besteht aus Modulen, die mit ECTS-Punkten bewertet sind. ²Ein Modul ist eine zeitlich zusammenhängende und in sich geschlossene abprüfbare Lehr- und Lerneinheit.

(2) ¹Die Module schließen mit einer studienbegleitenden Modulprüfung ab. ²Diese Prüfung soll in der Regel aus einer Prüfungsleistung oder in einer Studienleistung bestehen. ³In fachlich zu begründenden Ausnahmefällen kann diese Prüfung auch aus Teilprüfungen oder Prüfungsteilen bzw. einer Kombination aus Prüfungs- und/oder Studienleistungen bestehen. ⁴ECTS-Punkte werden nur für die erfolgreiche Teilnahme an Modulen vergeben, die aufgrund eigenständig erbrachter, abgrenzbarer Leistungen in einer Modulprüfung festgestellt wird. ⁵Studienbegleitende Modulprüfungen sind solche, die während der Vorlesungszeit oder im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls durchgeführt werden.

(3) ¹Prüfungen (Prüfungs- und Studienleistungen) messen den Erfolg der Studierenden. ²Sie können schriftlich, mündlich, elektronisch oder in anderer Form abgehalten werden. ³Prüfungsleistungen und Teilprüfungen werden benotet. ⁴Bei Studienleistungen kann sich die Feststellung auf das Bestehen oder Nicht-Bestehen beschränken.

(4) ¹Neben den studienbegleitenden Modulprüfungen können während der Lehrveranstaltungen freiwillige Zwischenprüfungen (z. B. Projektberichte oder Kurztests) als Leistungsstandmessung angeboten werden. ²Näheres dazu, insbesondere Anzahl, Art und Umfang dieser Nachweise regelt das Modulhandbuch. ³Eine Zwischenprüfungsleistung kann die Note einer bestandenen Modulprüfung

oder Modulteilprüfung um maximal 0,7 Notenpunkte verbessern; eine Verschlechterung der Note ist ausgeschlossen. ⁴Macht die bzw. der Studierende von der Möglichkeit nach Satz 1 Gebrauch, werden die dort erbrachten Leistungen zur Berechnung der Modulnote herangezogen.

(5) Die Teilnahme an Modulprüfungen (Abs. 2 Satz 1) setzt mit Ausnahme der Teilnahme an Wiederholungsprüfungen die Immatrikulation im einschlägigen Studiengang an der FAU voraus.

§ 7 Prüfungsfristen, Folgen des Fristversäumnisses

(1) ¹Die Prüfungen sind ordnungsgemäß so rechtzeitig abzulegen, dass bis zum Ende des Regeltermins in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 50 bzw. im Bachelorstudiengang Wirtschaftsinformatik 30 ECTS-Punkte sowie in der Bachelorprüfung 180 ECTS-Punkte erworben sind. ²Regeltermine sind in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung das zweite und in der Bachelorprüfung das sechste Semester. ³Die Regeltermine nach Satz 2 dürfen überschritten werden (Überschreitungsfrist):

1. in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung um ein Semester,
2. in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung bei einem Studienbeginn zum Sommersemester 2011 und Sommersemester 2012 um zwei Semester,
3. in der Bachelorprüfung um zwei Semester.

⁴Die jeweilige Prüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn die festgelegte Zahl von ECTS-Punkten nicht innerhalb der Überschreitungsfrist nach Satz 3 erworben wurde, es sei denn, die bzw. der Studierende hat die Gründe hierfür nicht zu vertreten.

(2) Die Frist nach Abs. 1 verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechend den Regelungen des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) in der jeweils geltenden Fassung, der Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeseltern-geld- und Elternzeitgesetz – BEEG) vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung sowie um Zeiten für die Pflege eines nahen Angehörigen im Sinne von § 7 Abs. 3 des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegezeZG) vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896) in der jeweils geltenden Fassung, der pflegebedürftig im Sinne der §§ 14, 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015) in der jeweils geltenden Fassung ist.

(3) ¹Die Gründe nach den Abs. 1 und 2 müssen dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung zum nächstmöglichen Termin abzulegen; bereits vorliegende Prüfungs- oder Studienleistungen werden angerechnet. ³In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein Attest vorzulegen. ⁴Der Prüfungsausschuss kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangen.

§ 8 Zusatzmodule

¹Zusatzmodule sind weitere Module des Studiengangs (z. B. Wahlmodule, Schlüsselqualifikationen), die im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 7 zusätzlich zu erfolgreich absolvierten Modulen besucht werden. ²Besteht die bzw. der Studierende an der FAU zusätzliche Module des Studiengangs, legt sie bzw. er selbst fest, welches der Module in die Abschlussnotenberechnung eingebracht werden soll. ³Die getroffene-

ne Wahl ist dem Prüfungsamt bis spätestens acht Wochen vor Erteilung des Abschlusszeugnisses mitzuteilen. ⁴Die Wahl wird damit bindend. ⁵Wird keine Wahl getroffen, rechnet das Prüfungsamt bei Wahlmöglichkeiten das besser bewertete Modul an.

§ 9 Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. ²Der Prüfungsausschuss hat drei Mitglieder aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; sie werden vom Fakultätsrat gewählt. ³Der Fakultätsrat wählt ein Mitglied zu der bzw. dem Vorsitzenden und regelt die Vertretung. ⁴Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. ⁵Eine Wiederwahl ist zulässig.

(2) Die bzw. der Vorsitzende kann ihr bzw. ihm obliegende Aufgaben einem Mitglied des Prüfungsausschusses zur Erledigung übertragen.

(3) ¹Dem Prüfungsausschuss obliegt die Durchführung der Prüfungsverfahren, insbesondere die Planung und Organisation der Prüfungen im Benehmen mit dem Prüfungsamt. ²Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. ³Mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung als Aufgabe der Prüfenden trifft er alle anfallenden Entscheidungen, soweit sie nicht an das Prüfungsamt delegiert sind. ⁴Er erlässt insbesondere die Prüfungsbescheide, nachdem er die Bewertung der Prüfungsleistungen und ihre Rechtmäßigkeit geprüft hat. ⁵Er berichtet regelmäßig dem Fachbereichsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt gegebenenfalls Anregungen zu Änderungen der Prüfungsordnung. ⁶Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht auf Anwesenheit bei der Abnahme der Prüfungen.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ³Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.

(5) ¹Die bzw. der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Sie bzw. er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ³Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich in Kenntnis zu setzen. ⁴Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss der bzw. dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner Aufgaben widerruflich übertragen.

(6) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Der bzw. dem Studierenden ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. ³Aufgrund eines Beschlusses des Prüfungsausschusses können Notenbescheide jeder bzw. jedem Einzelnen oder in elektronischer Form bekannt gegeben werden. ⁴Widerspruchsbescheide erlässt die Präsidentin bzw. der Präsident, in fachlich-prüfungsrechtlichen

Fragen im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss und nach Anhörung der zuständigen Prüfenden.

§ 10 Prüfende, Beisitzerinnen und Beisitzer, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und Gutachterinnen bzw. Gutachter. ²Es können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz, dem Bayerischen Hochschulpersonalgesetz und der Bayerischen Hochschulprüferverordnung in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Prüfungen Berechtigten bestellt werden.

(2) ¹Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel in der Person der bzw. des Prüfenden ist zulässig. ²Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt seine Prüfungsberechtigung in der Regel bis zu einem Jahr erhalten.

(3) ¹Zur Beisitzerin bzw. zum Beisitzer kann bestellt werden, wer das entsprechende oder ein verwandtes Fachstudium erfolgreich abgeschlossen hat. ²Die Beisitzerin bzw. der Beisitzer soll hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. hauptberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter sein.

(4) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.

(5) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 2 Sätze 2 und 3 BayHSchG.

§ 11 Bekanntgabe der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt, Folgen eines verspäteten Rücktritts

(1) Die Termine der Prüfungen und die Prüfenden gibt das Prüfungsamt rechtzeitig ortsüblich bekannt.

(2) ¹Die Studierenden melden sich zu den einzelnen Modulprüfungen nach Beginn der Vorlesungszeit an. ²Die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten werden vier Wochen vorher durch den Prüfungsausschuss ortsüblich bekannt gegeben.

(3) ¹Unbeschadet der Fristen gemäß §§ 7, 31 ist bis zum Ende des dritten Werktages vor dem Prüfungstag ein Rücktritt vom Erstversuch von gemäß Abs. 2 Satz 1 angemeldeten Prüfungen ohne Angabe von Gründen gegenüber der bzw. dem Prüfenden zulässig; als Werktage gelten die Tage von Montag bis einschließlich Freitag. ²Die Erklärung des Rücktritts ist unwiderruflich. ³Mit der Erklärung des Rücktritts erlischt die Anmeldung zur Prüfung und die bzw. der Studierende ist zur Teilnahme an derselben nicht mehr berechtigt. ⁴Die Folgen eines verspäteten Rücktritts richten sich nach Abs. 4.

(4) ¹Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die bzw. der Studierende nach dem Ende des dritten Werktages vor dem Prüfungstag ohne triftige Gründe zurücktritt. ²Die für den Rücktritt oder die Verspätung geltend

gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ³Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird ein neuer Termin anberaumt. ⁴In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein Attest vorzulegen; der Prüfungsausschuss kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangen. ⁵Im Falle eines krankheitsbedingten Rücktritts am Tag der Prüfung nach Beginn der Prüfungszeit ist dem Prüfungsausschuss unverzüglich ein vertrauensärztliches Attest vorzulegen.

§ 12 Anerkennung von Kompetenzen

(1) ¹Studienzeiten, Module, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an der FAU oder an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, werden bei einem Studium nach dieser Prüfungsordnung anerkannt, außer es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen. ²Gleiches gilt für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von sonstigen Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 1 und 2 BayHSchG, in speziellen Studienangeboten nach Art. 47 Abs. 3 Satz 1 BayHSchG oder an der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht worden sind.

(2) ¹Kompetenzen, die im Rahmen sonstiger weiterbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 BayHSchG oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, werden anerkannt, soweit die festgestellten Kompetenzen gleichwertig sind. ²Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.

(3) ¹Die Noten anerkannter Module, Prüfungen und Studienleistungen werden übernommen, wenn sie entsprechend § 21 gebildet wurden. ²Stimmt das Notensystem an der Universität oder an gleichgestellten Hochschulen erbrachter und von der FAU angerechneter Prüfungen mit dem Notensystem des § 21 nicht überein, werden die Noten der anderen Hochschulen in der Regel nach der Formel

$$x = 1 + 3 (N_{\max} - N_d) / (N_{\max} - N_{\min}) \text{ mit}$$

x = gesuchte Umrechnungsnote

N_{max} = beste erzielbare Note

N_{min} = unterste Bestehensnote

N_d = erzielte Note

umgerechnet. ³Bei den so berechneten Noten wird nur eine Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. ⁴Ist die Umrechnung nicht möglich, so legt der Prüfungsausschuss in der Regel einen entsprechenden Schlüssel für die Notenberechnung fest.

(4) ¹Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. ²Vorbehaltlich der Regelung in Satz 3 besteht bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 und 2 ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. ³Eine Anerkennung ist nur möglich, soweit das entsprechende Prüfungsrechtsverhältnis an der FAU noch nicht durch das Bestehen oder endgültige Nichtbestehen der Prüfung beendet ist. ⁴Die Entscheidung trifft die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag der bzw. des Studierenden nach An-

hörung der bzw. des vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin bzw. Fachvertreter. ⁵Die Entscheidung ergeht schriftlich.

§ 13 Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme

(1) Bei einem Täuschungsversuch oder dem Versuch, das Ergebnis einer Prüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(2) Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen prüfungsberechtigten Person oder der bzw. dem Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(3) Bei wiederholten oder schwerwiegenden Verstößen im Sinne des Abs. 1 oder Abs. 2 kann der Prüfungsausschuss die Studierende bzw. den Studierenden von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen.

§14 Entzug akademischer Grade

Der Entzug des akademischen Grades richtet sich nach Art. 69 BayHSchG.

§ 15 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, kann auf Antrag einer bzw. eines Studierenden angeordnet werden, dass von einer bzw. einem bestimmten oder von allen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt wird bzw. werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 16 Anwesenheitspflicht

(1) ¹Für entsprechend in der jeweiligen Modulbeschreibung gekennzeichnete Lehrveranstaltungen, in denen das Qualifikationsziel nicht anders als über die regelmäßige Teilnahme erreicht werden kann, kann als Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung bzw. für den Erwerb der Studienleistung eine Anwesenheitspflicht vorgesehen werden. ²Eine Teilnahmeverpflichtung ist dann zulässig, wenn die Anwesenheit der bzw. des Einzelnen für den fachspezifischen Kompetenzerwerb aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist, der fachspezifische Kompetenzerwerb der bzw. des Einzelnen von der Anwesenheit der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer abhängt oder nur durch die Anwesenheit an einem bestimmten Ort erreicht werden kann.

(2) ¹Die Teilnahme ist dann regelmäßig, wenn in einer Lehrveranstaltung nicht mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt werden. ²Werden zwischen mehr als 15 v. H. bis höchstens 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, kann die bzw. der Lehrende der bzw. dem Studierenden anbieten, eine zur Erfüllung des Erfordernisses der

regelmäßigen Teilnahme kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistung zu erbringen; werden in diesem Fall keine Ersatzleistungen angeboten oder angebotene Ersatzleistungen von der bzw. dem Studierenden nicht erfüllt, so ist die Teilnahme nicht regelmäßig. ³Werden insgesamt mehr als 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, ist die Lehrveranstaltung erneut zu belegen. ⁴Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(3) ¹Im Rahmen von Exkursionen, Praktika und Blockseminaren ist abweichend von Abs. 2 die Teilnahme nur dann regelmäßig, wenn alle Unterrichtseinheiten besucht wurden. ²Für glaubhaft gemachte, nicht von der bzw. dem Studierenden zu vertretende Fehlzeiten im Umfang von bis zu 15 v. H. der Unterrichtszeit sind der bzw. dem Studierenden zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme an-gemessene kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistungen anzubieten. ³Werden mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, so ist die Veranstaltung erneut zu belegen. ⁴Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(4) Die Anwesenheit wird in den jeweiligen Lehrveranstaltungen mittels einer Teilnahmeliste, in die die bzw. der Studierende ihren bzw. seinen eigenen Namen samt Unterschrift einträgt, oder auf vergleichbare Weise festgestellt.

§ 17 Prüfungsarten

(1) ¹Im Bachelorstudiengang werden folgende Prüfungsarten als Modulprüfung anerkannt:

1. schriftliche Prüfung:
 - a) Klausur
 - b) Hausarbeit
 - c) Seminararbeit
2. mündliche Prüfung
3. Sonderformen, insbesondere:
 - a) Projektarbeit/-bericht
 - b) Praktikumsbericht
 - c) Thesenpapier
 - d) Protokoll
 - e) Kurztest
 - f) Referat
 - g) Präsentation/Präsentationspapier
 - h) Diskussionspapier
 - i) Moderation
 - j) Lehrprobe
 - k) Fallstudie
 - l) Diskussionsbeitrag
 - m) Portfolio
 - n) Elektronische Prüfung
 - o) Antwort-Wahl-Verfahren.
 - p) Versuchspersonenstunde
 - q) Reflexion
 - r) Strategiekonzept.

²Die Prüfungsart und der Umfang werden in §§ 18 bis 20b sowie den **Fachprüfungsordnungen** bzw. im Modulhandbuch bekannt gegeben. ³Die in Satz 1 genannten Prüfungsarten können auch als Gruppenarbeit abgehalten werden. ⁴Eine entsprechende Angabe erfolgt im Modulhandbuch.

(2) Für von anderen Fakultäten importierte Module werden Prüfungsart und -umfang durch die Prüfungsordnung der exportierenden Fakultät bzw. des exportierenden Fachbereichs geregelt.

(3) ¹Studierende, die wegen der Absolvierung eines Auslandssemesters den regulären Termin einer schriftlichen Prüfung nicht wahrnehmen können, können im Einvernehmen mit der bzw. dem jeweiligen Prüfenden beantragen, dass ein mündlicher Ersatzprüfungstermin anberaumt wird. ²Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss. ³Mit dem Antrag sind Nachweise über das beabsichtigte Auslandsstudium vorzulegen.

§ 18 Schriftliche Prüfung, Antwort-Wahl-Verfahren

(1) In der schriftlichen Prüfung (insbesondere Klausur, Haus- oder Seminararbeit) sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen und Wege zur Lösung finden können.

(2) ¹Die Prüfungsdauer für Klausuren beträgt entweder 60, 90 oder 120 Minuten; Näheres regeln die **Fachprüfungsordnungen** bzw. das Modulhandbuch. ²Der Umfang einer benoteten Hausarbeit bzw. Seminararbeit ist abhängig vom konkret vergebenen Thema und mit der bzw. dem Modulverantwortlichen abzustimmen. ³In der Regel beträgt der Umfang jeweils ca. 15 Seiten. ⁴Schriftliche Prüfungen sind grundsätzlich von einer bzw. einem Prüfenden zu bewerten. ⁵Wird die schriftliche Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet, so ist sie einer bzw. einem zweiten Prüfenden zur Bewertung vorzulegen. ⁶Die Bewertung der bzw. des Prüfenden muss schriftlich dokumentiert werden und die das abschließende Votum tragenden Gründe erkennen lassen.

(3) ¹Klausuren können vollständig oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden (Single- und/oder Multiple-Choice-Prüfungen). ²Näheres dazu, in welchen Modulen Klausuren im Antwort-Wahl-Verfahren abgehalten werden, regelt das Modulhandbuch. ³Die bzw. der zu Prüfende hat anzugeben, welche der mit den Aufgaben vorgelegten Antworten sie bzw. er für zutreffend hält. ⁴Die Prüfungsaufgaben müssen zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. ⁵Bei der Aufstellung der Prüfungsaufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁶Wenn die Prüfungsaufgabe Mehrfachantworten verbietet, sind Mehrfachantworten unzulässig und werden nicht gewertet. ⁷Die Prüfungsaufgaben sind durch mindestens zwei Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller vor der Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu überprüfen, ob sie gemessen an den Anforderungen des Satzes 4 fehlerhaft sind. ⁸Ergibt diese Überprüfung, dass einzelne Prüfungsaufgaben fehlerhaft sind, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen, es ist von der verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁹Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil einer bzw. eines zu Prüfenden auswirken. ¹⁰Über die jeweilige Aufgabe hinaus dürfen keine Minuspunkte vergeben werden.

- (4) ¹Prüfungen nach Abs. 3 Satz 1 gelten als bestanden, wenn
1. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 50 Prozent der gestellten Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet bzw. erreicht hat oder
 2. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 40 Prozent der gestellten Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet hat und die Zahl der der oder dem zu Prüfenden zutreffend beantworteten Fragen bzw. der zu erzielenden Punkte um nicht mehr als 17 Prozent die durchschnittlichen Prüfungsleistungen der zu Prüfenden unterschreitet, die erstmals an der entsprechenden Prüfung teilgenommen haben.

²Wird Satz 1 Nr. 2 angewendet, ist die Studiendekanin bzw. der Studiendekan zu unterrichten.

(5) Bei schriftlichen Prüfungen, die nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, gelten die Abs. 3 und 4 nur für diesen Teil.

§ 19 Mündliche Prüfung

(1) ¹In den mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. ²Mündliche Prüfungen finden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers statt, die bzw. der von der bzw. dem Prüfenden bestellt wird. ³Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt ca. 20 Minuten.

(2) In der mündlichen Prüfung vor mehreren prüfungsberechtigten Personen setzt jede bzw. jeder Prüfende die Note nach § 21 fest.

(3) ¹Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen der bzw. des Prüfenden, der Beisitzerin bzw. des Beisitzers und der bzw. des Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. ²Das Protokoll wird von den prüfungsberechtigten Personen und der Beisitzerin bzw. dem Beisitzer unterzeichnet. ³Das Protokoll ist bei den Prüfungsakten mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

(4) ¹Zu mündlichen Prüfungen werden Studierende, die sich der gleichen Prüfung in einem der nachfolgenden Prüfungszeiträume unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer zugelassen; auf Verlangen der Prüfungskandidatinnen bzw. Prüfungskandidaten werden Zuhörerinnen bzw. Zuhörer ausgeschlossen. ²Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 20 Elektronische Prüfung

¹Prüfungen können in elektronischer Form abgenommen werden. ²Näheres dazu, in welchen Modulen Prüfungen in elektronischer Form abgenommen werden, regelt das Modulhandbuch. ³Elektronische Prüfungen (E-Prüfungen) sind Prüfungsverfahren, deren Durchführung und Auswertung durch computergestützte bzw. digitale Medien erfolgen. ⁴Die Authentizität und die Integrität der Prüfungsergebnisse sind sicherzustellen. ⁵Eine automatisiert erstellte Bewertung einer Prüfungsleistung soll auf Antrag der bzw. des betroffenen Studierenden von einer bzw. einem Prüfenden, im Fall einer nicht bestandenen Prüfung von zwei Prüfenden, überprüft werden.

§ 20a Umfang der Sonderformen von Prüfungsarten

¹Der Umfang der Sonderformen von Prüfungsarten nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ist abhängig vom konkret vergebenen Thema bzw. dem konkreten didaktischen Charakter des jeweiligen Moduls und mit der bzw. dem Modulverantwortlichen abzustimmen bzw. dem Modulhandbuch zu entnehmen. ²In der Regel beträgt der Umfang

- a) einer Projektarbeit / eines Projektberichts ca. 20 Seiten,
- b) eines Praktikumsberichts ca. 15 Seiten,
- c) eines Thesenpapiers ca. 2 Seiten,
- d) eines Protokolls ca. 10 Seiten,
- e) eines Kurztests ca. 15 Minuten,
- f) eines Referats ca. 25 Minuten,
- g) einer Präsentation ca. 20 Minuten,
- h) eines Präsentationspapiers ca. 20 Seiten,
- i) eines Diskussionspapiers ca. 10 Seiten,
- j) einer Moderation ca. 20 Minuten,
- k) einer Lehrprobe ca. 45 Minuten,
- l) einer Fallstudie ca. 25 Minuten und / oder ca. 10 Seiten,
- m) eines Diskussionsbeitrags ca. 10 Minuten,
- n) einer elektronischen Prüfung ca. 90 Minuten,
- o) einer Klausur im Antwort-Wahl-Verfahren ca. 40 Minuten,
- p) einer Versuchspersonenstunde ca. 60 Minuten,
- q) einer Reflexion ca. 10 Minuten oder ca. 10 Seiten
- r) und eines Strategiekonzepts ca. 6 Seiten,

soweit in der jeweiligen **Fachprüfungsordnung** bzw. dem Modulhandbuch nichts anderes bestimmt ist.

§ 21 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote

(1) ¹Die Urteile über die einzelnen Prüfungen werden von der bzw. dem jeweiligen Prüfenden durch folgende Prädikate und Notenstufen ausgedrückt:

sehr gut	= (1,0 oder 1,3)	eine hervorragende Leistung;
gut	= (1,7 oder 2,0 oder 2,3)	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
befriedigend	= (2,7 oder 3,0 oder 3,3)	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
ausreichend	= (3,7 oder 4,0)	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;
nicht ausreichend	= (4,3 oder 4,7 oder 5,0)	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

²Eine Prüfung (§ 6 Abs. 2) ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ bewertet ist. ³Bei unbenoteten Prüfungen (§ 6 Abs. 3 Satz 3) lautet die Bewertung „bestanden“ oder „nicht bestanden“. ⁴Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Teilleistungen (§ 6 Abs. 2 Satz 3) bestanden sind. ⁵Ist eine Prüfung von mehreren Prüfenden zu bewerten oder besteht sie aus mehreren Teilleistungen, so ergibt sich die Note aus dem ggf. gewichteten Mittel der Einzelnoten; das Notenschema in Satz 1 findet keine Anwendung. ⁶Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung.

(2) ¹Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren sind wie folgt zu bewerten: ²Wer die für das Bestehen der Prüfung nach § 18 Abs. 4 Satz 1 erforderliche Mindestzahl zu-

treffend beantworteter Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte erreicht, erhält mindestens die Note

mindestens „sehr gut“, wenn mindestens 80 Prozent,

mindestens „gut“, wenn mindestens 50, aber weniger als 80 Prozent,

mindestens „befriedigend“, wenn mindestens 20, aber weniger als 50 Prozent,

mindestens „ausreichend“, wenn keine oder weniger als 20 Prozent der darüber hinaus gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet bzw. der zu erzielenden Punkte erreicht wurden. ³Die Noten können entsprechend dem prozentualen Anteil um 0,3 erhöht oder erniedrigt werden; die Noten 0,7, 4,3 und 4,7 sind dabei ausgeschlossen.

⁴Wer nicht die erforderliche Mindestzahl erreicht, erhält die Note 5,0. ⁵Abweichend von Satz 3 können in den Fällen, in denen die Prüfung gemäß § 18 Abs. 5 teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt wird, die Noten 4,3 und 4,7 vergeben werden.

(3) Die Gesamtnote der Assessmentprüfung und der Bachelorprüfung lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,50 = sehr gut

bei einem Durchschnitt über 1,50 bis 2,50 = gut

bei einem Durchschnitt über 2,50 bis 3,50 = befriedigend

bei einem Durchschnitt über 3,50 bis 4,00 = ausreichend

einem Durchschnitt über 4,00 = nicht ausreichend.

(4) ¹Die Modulnoten werden aus dem Durchschnitt der einzelnen Noten der Prüfungen im Sinne von § 6 Abs. 2 Sätze 2 bzw. 3 errechnet; die einzelnen Noten gehen, wenn nichts anderes bestimmt ist, mit dem Gewicht der auf sie entfallenden ECTS-Punkte in die Modulnote ein. ²Wird in einem Modul nur eine benotete Prüfung abgehalten, bildet sie die Modulnote. ³Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung; Abs. 1 Sätze 3 und 5 Halbsatz 2 sowie Abs. 3 gelten entsprechend. ⁴Wird keine benotete Prüfung abgehalten, lautet die Bewertung des Moduls „bestanden“ oder „nicht bestanden“.

(5) ¹Die Assessmentprüfung ist bestanden, wenn die Module gemäß § 28 Abs. 2 i. V. m. der jeweiligen **Fachprüfungsordnung** bestanden sind. ²Die Gesamtnote der Assessmentprüfung errechnet sich aus dem Durchschnitt der mit ihren ECTS-Punkten gewichteten Module. ³Bei der Berechnung werden zwei Stellen nach dem Komma berücksichtigt; die weiteren Stellen entfallen ohne Rundung, Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(6) ¹Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Module des Bachelorstudiums gemäß der einschlägigen **Fachprüfungsordnung** erfolgreich abgelegt worden sind. ²Die Gesamtnote der Bachelorprüfung wird aus dem Durchschnitt der mit ihren ECTS-Punkten gewichteten Modulnoten gebildet, wobei die Noten der Module der Assessmentphase mit einer weiteren Gewichtung von 0,5 und die übrigen Modulnoten mit einer Gewichtung von 1,0 in die Endnote eingehen. ³Dabei können unbenotete Module im Umfang von maximal 20 ECTS-Punkten aus dem Vertiefungsbereich und dem Bereich Schlüsselqualifikationen eingebracht werden. ⁴Abs. 5 Satz 3 und Satz 5 Halbsatz 2 gelten entsprechend.

§ 22 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushängung der Urkunde bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Täuschung vorsätzlich erfolgte und wird diese Tatsache erst nach der Aushängung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

(3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) ¹Die unrichtige Urkunde wird eingezogen; es wird gegebenenfalls eine neue Urkunde ausgestellt. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Ausstellungsdatum der Urkunde ausgeschlossen.

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss der einzelnen Prüfungsverfahren erhält die bzw. der Studierende auf Antrag Einsicht in ihre bzw. seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und die Prüfungsprotokolle.

(2) ¹Der Antrag ist binnen eines Monats nach Notenbekanntgabe bei dem für die Einsicht zuständigen Prüfungsorgan zu stellen. ²Die Einsicht wird durch die Prüfenden gewährt, soweit nicht das Prüfungsamt zuständig ist; Näheres regelt der Prüfungsausschuss. ³Wer ohne eigenes Verschulden verhindert war, diese Frist einzuhalten, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 32 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz in der jeweils geltenden Fassung beantragen.

§ 24 Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde

(1) Wer einen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat, erhält möglichst innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis, ein Diploma Supplement, ein Transcript of Records und eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades.

(2) ¹Das Zeugnis enthält die Module und Modulnoten, Titel und Note der Abschlussarbeit und die Gesamtnote der Bachelorprüfung. ²Das Transcript of Records führt alle besuchten Module mit Modulnote und Teilnoten auf. ³Das Transcript of Records und das Diploma Supplement werden in englischer und deutscher Sprache ausgestellt. ⁴Informationen, die dem Prüfungsamt noch nicht vorliegen, müssen dort spätestens bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Studiengangs einschließlich entsprechender Nachweise vorgelegt werden; andernfalls können sie in den Dokumenten nach Abs. 1 nicht mehr berücksichtigt werden.

§ 25 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung

Wer die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung, die in den einzelnen Modulprüfungen erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

§ 26 Nachteilsausgleich

(1) ¹Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. ²Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung, die nicht das abgeprüfte Leistungsbild betrifft, nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestattet, den Nachteil durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens auszugleichen, wobei auf den Nachweis von Kompetenzen, die zum Qualifikationsziel der abzulegenden Prüfung gehören, nicht verzichtet werden darf.

(2) Entsprechende, ihrer Situation angemessene Möglichkeiten sind Schwangeren zu eröffnen, wenn die betroffenen Studierenden bei dem zuständigen Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin einen entsprechenden Antrag stellen und eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, dass sie sich zum Prüfungstermin mindestens in der 30. Schwangerschaftswoche befinden werden.

(3) ¹Entscheidungen nach Abs. 1 und 2 werden nur auf schriftlichen Antrag hin von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses getroffen. ²Zum Nachweis des Vorliegens der Voraussetzungen nach Abs. 1 kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden. ³Anträge auf Nachteilsausgleich sind möglichst vor der Anmeldung zur Prüfung, in jedem Fall jedoch vor der Prüfung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu stellen.

II. Besonderer Teil

Erster Abschnitt: Assessmentprüfung und Bachelorprüfung

§ 27 Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen

(1) ¹Wer im Bachelorstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Bachelorprüfung und den Modulprüfungen, aus denen die Bachelorprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. ²Bestehen Wahlmöglichkeiten zwischen den für die Bachelorprüfung nachzuweisenden Modulen, werden die Studierenden jeweils nur für ein Modul zugelassen, das sie durch Anmeldung zur Prüfung bindend wählen. ³Die Regelungen des § 11 Abs. 3 und des § 31 bleiben unberührt. ⁴Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. im Besonderen Teil und in den **Fachprüfungsordnungen** vorgeschriebene Voraussetzungen und Nachweise endgültig nicht oder nicht fristgemäß erfüllt werden,
2. die Assessmentprüfung, die Bachelorprüfung oder die Diplomvorprüfung im gleichen oder inhaltlich vergleichbaren Studiengang endgültig nicht bestanden ist; als inhaltlich vergleichbar gelten insbesondere
 - die Diplom- oder Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspädagogik, der Bachelorstudiengang Wirtschaftswissenschaften und der Bachelorstudiengang International Business Studies (für den Bachelorstudiengang Wirtschaftswissenschaften),
 - der Diplomstudiengang Sozialwissenschaften und der Bachelorstudiengang Sozialökonomik (für den Bachelorstudiengang Sozialökonomik) sowie

- die Diplomstudiengänge Internationale Betriebswirtschaftslehre/Internationale Volkswirtschaftslehre, der Bachelorstudiengang International Business Studies und der Bachelorstudiengang Wirtschaftswissenschaften (für den Bachelorstudiengang International Business Studies),
3. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

(2) Ist die Zulassung zu den Prüfungen des Studiengangs zu versagen, so ist unverzüglich die Entscheidung zu treffen, mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der bzw. dem Studierenden bekannt zu geben.

§ 28 Assessmentprüfung (Grundlagen- und Orientierungsprüfung)

- (1) In der Assessmentprüfung (Grundlagen- und Orientierungsprüfung), die den ersten Abschnitt der Bachelorprüfung bildet, sollen die Studierenden zeigen, dass sie
- den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium in dem von ihnen gewählten Studiengang gewachsen sind
 - insbesondere die methodischen Fertigkeiten erworben haben, die erforderlich sind, um das Studium mit Erfolg fortsetzen zu können.

(2) ¹Im Bachelorstudiengang Wirtschaftsinformatik umfasst die Assessmentprüfung 30 ECTS-Punkte gemäß Festlegung in der **Fachprüfungsordnung**. ²In den übrigen Bachelorstudiengängen sind Module im Umfang von 50 ECTS-Punkten aus dem Angebot der Assessmentphase (60 ECTS-Punkte) gemäß der jeweiligen **Fachprüfungsordnung** zu wählen.

§ 29 Zweiter Abschnitt der Bachelorprüfung

¹Der Zweite Abschnitt der Bachelorprüfung dient als Abschnitt zur Erweiterung und Vertiefung, in dem über die Assessmentphase hinausgehende Kenntnisse vermittelt werden, die für einen frühen Berufseinstieg erforderlich sind. ²Er besteht aus allen Modulprüfungen des Bachelorabschnitts und dem Modul Bachelorarbeit gemäß den Festlegungen der jeweiligen **Fachprüfungsordnung**. ³Zum Studienverlauf im Falle der Aufnahme des Studiums zum Sommersemester 2011 und 2012 vergleiche **Anlage 5**. ⁴Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag weitere Module, die in sinnvollem Zusammenhang mit dem Studium stehen und durch eine Professorin bzw. einen Professor der FAU vertreten werden, für die Bachelorprüfung zulassen.

§ 30 Bachelorarbeit

(1) ¹In der Bachelorphase ist die Bachelorarbeit anzufertigen. ²Sie ist mit 12 ECTS-Punkten bewertet und wird in dem entsprechenden Modul ergänzt durch ein Seminar im Umfang von 3 ECTS-Punkten. ³Die Bachelorarbeit soll nachweisen, dass die Studierenden im Stande sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.

(2) ¹Die Studierenden sorgen rechtzeitig zur Wahrung der Fristen nach § 7, in der Regel spätestens am Semesteranfang des sechsten Studienseesters, dafür, dass sie ein Thema für die Bachelorarbeit erhalten. ²Soweit das Studium eine Schwerpunktsetzung beinhaltet, ist regelmäßig ein Thema aus dem Bereich des gewählten Schwerpunkts zu bearbeiten; Ausnahmen können vom Prüfungsausschuss zugelassen werden. ³Gelingt es den Studierenden trotz ernstlicher Bemühungen nicht, ein Thema zu erhalten, weist ihnen die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

im Einvernehmen mit einer Fachvertreterin bzw. einem Fachvertreter des Studiengangs bzw. Schwerpunkts auf Antrag ein Thema und eine Betreuerin bzw. einen Betreuer zu. ⁴Die Betreuerin bzw. der Betreuer muss in dem Semester, in dem die Bearbeitung des Themas stattfindet, der bzw. dem Studierenden die Teilnahme an einem Bachelorseminar ermöglichen.

(3) ¹Die hauptberuflich im jeweiligen Studiengang des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften tätigen Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer sind zur Vergabe und Betreuung einer Bachelorarbeit berechtigt. ²Der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen gestatten und regeln.

(4) ¹Die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe darf neun Wochen (Regelbearbeitungszeit) nicht überschreiten. ²Das Thema muss so begrenzt sein, dass es innerhalb dieser Frist bearbeitet werden kann. ³Die Bearbeitungszeit kann in begründeten Ausnahmefällen um maximal neun Wochen verlängert werden. ⁴Weist die bzw. der Studierende durch ärztliches Attest nach, dass sie bzw. er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert war, ruht die Bearbeitungsfrist.

(5) ¹Das Thema der Bachelorarbeit kann nicht zurückgegeben werden. ²Bei Rückgabe des Themas wird die Bachelorarbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) benotet; sie gilt als abgelehnt.

(6) ¹Die Arbeit wird, soweit in der jeweiligen **Fachprüfungsordnung** nichts Abweichendes festgelegt ist, in deutscher Sprache oder mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers in englischer Sprache abgefasst. ²Auf Antrag der bzw. des Studierenden kann die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers die Abfassung der Arbeit in einer anderen Sprache zulassen. ³Der Umfang der Bachelorarbeit ist abhängig vom konkret vergebenen Thema und mit der Betreuerin bzw. dem Betreuer abzustimmen. ⁴In der Regel beträgt der Umfang ca. 30 Seiten.

(7) ¹Die Arbeit ist in zwei Exemplaren im Prüfungsamt abzuliefern; neben zwei schriftlichen Exemplaren ist die Arbeit einmal in maschinenlesbarer, elektronischer Form abzugeben. ²Das Datum der Abgabe ist aktenkundig zu machen. ³Die Arbeit muss mit einer Erklärung der bzw. des Studierenden versehen sein, dass die Arbeit selbst verfasst wurde, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet wurden und dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form von keiner anderen Prüfungsbehörde als „nicht ausreichend“ abgelehnt wurde; § 12 bleibt unberührt. ⁴Wird sie nicht fristgerecht abgegeben, so wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(8) ¹Die Arbeit wird von der Erstgutachterin bzw. dem Erstgutachter und in der Regel einer bzw. einem weiteren, von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellten Gutachterin bzw. Gutachter beurteilt; § 18 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend. ²Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wirkt darauf hin, dass die Arbeit in angemessener Frist begutachtet wird. ³Die Arbeit ist angenommen, wenn das arithmetische Mittel der Noten beider Gutachten mindestens der Note „ausreichend“ (mindestens 4,0) entspricht. ⁴Andernfalls ist sie abgelehnt. ⁵Bei der Berechnung der Note werden nur die ersten zwei Dezimalstellen nach dem Komma berücksichtigt; § 21 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(9) ¹Ist die Arbeit abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung oder eine Überarbeitung sind ausgeschlossen. ²Die bzw. der Studierende sorgt dafür, dass sie bzw. er innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntgabe der Ablehnung ein neues Thema für die Wiederholung der Arbeit erhält, anderenfalls gilt die Arbeit als endgültig nicht bestanden. ³Für die Wiederholung gelten die Abs. 1 und 2 Sätze 2 bis 4 sowie Abs. 3 bis 7 entsprechend.

§ 31 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel

(1) ¹Mit Ausnahme der Assessmentprüfung sowie der Bachelorarbeit kann jede nicht bestandene Modulprüfung zweimal wiederholt werden. ²Die Wiederholung ist auf die nicht bestandene Prüfungs- oder Studienleistung beschränkt. ³Die Prüfungen der Assessmentprüfung können nur einmal wiederholt werden. ⁴Die Wiederholungsprüfung muss zum nächsten Termin, spätestens mit Ablauf des auf das Prüfungssemester folgenden Semesters abgelegt werden. ⁵Die Frist zur Wiederholung wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen. ⁶Die Studierenden gelten bei Nichtbestehen einer Prüfung zum nächsten Wiederholungsversuch als angemeldet. ⁷Bei Versäumung der Wiederholung oder der Wiederholungsfrist gilt die Prüfung als nicht bestanden, sofern der Prüfungsausschuss der bzw. dem Studierenden nicht wegen besonderer, nicht selbst zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt. ⁸Die Regeln über Mutterschutz, Eltern- und Pflegezeit (§ 7 Abs. 2) finden Anwendung.

(2) ¹Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfung desselben Moduls ist nicht zulässig. ²Im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 7 können jedoch statt nicht bestandener Module andere, alternativ angebotene Module besucht und abgeschlossen werden (vgl. § 8); die Fehlversuche im vorangegangenen, alternativ angebotenen Modul werden nicht angerechnet.

(3) Vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen in den **Fachprüfungsordnungen** können die Studierenden selbst wählen, in welcher Reihenfolge sie die Module ablegen.

§ 32 Zweitfach

[aufgehoben]

III. Teil: Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 33 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften

(1) ¹Diese Prüfungsordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. ²Sie gilt für Studierende, die vom Wintersemester 2006/2007 ab das Bachelorstudium Wirtschaftswissenschaften, International Business Studies oder Sozialökonomik aufnehmen. ³Folgende Prüfungsordnungen treten vorbehaltlich der Regelung in Abs. 2 mit dem In-Kraft-Treten dieser Prüfungsordnung außer Kraft:

1. Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 25. November 1988 (KWMBI II 1989 S. 30), zuletzt geändert durch Satzung vom 4. November 2003 (KWMBI II 2004 S. 1133),
2. Diplomprüfungsordnung für Studenten der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 25. November 1988

- (KWMBI II 1989 S. 37), zuletzt geändert durch Satzung vom 4. November 2003 (KWMBI II 2004 S. 1133),
3. Diplomprüfungsordnung für Studenten der Wirtschaftsinformatik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 5. September 1991 (KWMBI II 1991 S. 814), zuletzt geändert durch Satzung vom 17. Februar 2004 (KWMBI II 2004 S. 1335),
 4. Diplomprüfungsordnung für Studenten der Wirtschaftspädagogik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 27. Dezember 1999 (KWMBI II 2000 S. 706), zuletzt geändert durch Satzung vom 17. August 2004 (KWMBI II 2004 S. 1133),
 5. Prüfungsordnung für den Diplom- und Masterstudiengang Internationale Betriebswirtschaftslehre (International Business) der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 29. Januar 1998 (KWMBI II 1998 S. 583), zuletzt geändert durch Satzung vom 1. Dezember 2005,
 6. Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Internationale Volkswirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 9. Oktober 2000 (KWMBI II 2001 S. 222), zuletzt geändert durch Satzung vom 7. Juli 2005,
 7. Diplomprüfungsordnung für Studenten der Sozialwissenschaften an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 25. November 1988 (KWMBI II 1989 S. 43), zuletzt geändert durch Satzung vom 3. Februar 2005.

(2) ¹Studierende, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Prüfungsordnung in einem Diplomstudiengang eingeschrieben sind, der von den Bachelorstudiengängen dieser Prüfungsordnung abgelöst wird, legen ihre Prüfungen nach der für sie bisher geltenden Diplomprüfungsordnung nach Abs. 1 Satz 3 ab. ²Die Diplomvorprüfung und die Prüfungen des Grundstudiums müssen in allen Diplomstudiengängen spätestens bis zum Wintersemester 2008/2009 abgelegt werden; die Diplomprüfung muss spätestens bis zum Ende des Sommersemesters 2011 in den Diplomstudiengängen Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre und bis zum Ende des Wintersemesters 2011/2012 in den übrigen Diplomstudiengängen abgelegt werden.

³Die Blockprüfungen der Diplomprüfung nach der

1. Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 25. November 1988 (KWMBI II 1989 S. 30), zuletzt geändert durch Satzung vom 1. Februar 1999 (KWMBI II 1999 S. 331),
2. Diplomprüfungsordnung für Studenten der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 25. November 1988 (KWMBI II 1989 S. 37), zuletzt geändert durch Satzung vom 1. Februar 1999 (KWMBI II 1999 S. 333),
3. Diplomprüfungsordnung für Studenten der Wirtschaftspädagogik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 25. Februar 1976 (KWMBI II 1976 S. 165), zuletzt geändert durch Satzung vom 27. Januar 1999 (KWMBI II 1999 S. 330)

müssen spätestens zum Ende des Sommersemesters 2007 abgelegt werden. ⁴Der Prüfungsausschuss kann in Einzelfällen Ausnahmen hiervon zulassen, soweit die Anwendung dieser Regelung zu nicht beabsichtigten Härtefällen führen würde. ⁵Die Bestimmungen über die Masterprüfung der Prüfungsordnung für den Diplom- und Masterstudiengang Internationale Betriebswirtschaftslehre (International Business) der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU vom 29. Januar 1998

(KWMBI II 1998 S. 583), zuletzt geändert durch Satzung vom 1. Dezember 2005 bleiben von der Regelung in Abs. 1 Satz 3 unberührt.

(3) ¹Die Regelungen der ersten Änderungssatzung gelten ab deren In-Kraft-Treten für alle Studierenden der Bachelorstudiengänge. ²Wer zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Änderungssatzung bereits Prüfungen in den Studiengängen nach dieser Prüfungsordnung abgelegt hat und noch ausstehende Prüfungen der Assessmentphase ablegen muss, legt diese nach den Regelungen der ersten Änderungssatzung ab. ³Die ECTS-Punkte-Gewichtung richtet sich in diesen Fällen nach der bisherigen Fassung. ⁴Ergeben sich nach Ablegen der Prüfungen der Bachelorphase weniger als 180 ECTS-Punkte, werden die in Satz 3 genannten Prüfungen mit den ECTS-Punktwerten nach der ersten Änderungssatzung bewertet, soweit diese höhere ECTS-Punktzahlen ergeben.

(4) *gegenstandslos*

(5) ¹Die Regelungen der siebten Änderungssatzung treten am 1. Oktober 2010 in Kraft. ²Sie gelten für alle Studierenden, die das Studium ab dem Wintersemester 2010/2011 aufnehmen.

(6) ¹Abweichend hiervon gelten die Änderungen hinsichtlich der Grundlagen- und Orientierungsprüfung (Änderung § 3 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 18 Abs. 4 Satz 1, Abs. 5 Satz 1 und 2) für alle Studierenden, die die Assessmentprüfung zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Änderungssatzung noch nicht endgültig nicht bestanden haben. ²Die Änderungen der §§ 15, 16 und 17 finden abweichend von Abs. 5 Satz 2 auf alle Studierenden Anwendung.

(7) ¹Bereits im Studiengang Wirtschaftswissenschaften eingeschriebene Studierende können zwei der neuen Modulbereiche „Studienbereiche“ oder wahlweise 4 Module a 5 ECTS-Punkten wahlweise zu den bisherigen Vertiefungsblöcken 1 bis 4 studieren. ²Studierende, die die Schlüsselqualifikationsmodule „Präsentationsfähigkeiten“ und „Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten“ noch nicht begonnen bzw. abgelegt haben, legen an dessen Stelle ein Wahlmodul Schlüsselqualifikation ab. ³Studierende des Schwerpunkts Wirtschaftspädagogik, die die Module „Präsentations- und Moderationstechniken“ sowie das Modul „Betriebspädagogisches Seminar“ noch nicht begonnen bzw. abgelegt haben, legen diese Module in der neuen ECTS-Gewichtung gemäß Studienplan ab.

(8) ¹Studierende des Studiengangs International Business Studies, die das Studium zum Wintersemester 2009/2010 begonnen haben, schließen die Module der Assessmentphase nach den bisherigen Bestimmungen ab. ²Sie können wahlweise die Bachelorphase gemäß **Anlage 2** der gültigen Fassung ab Wintersemester 2010/2011 studieren; anstatt der Module ITEB und Absatz ist in diesem Fall das Modul Statistik mit 10 ECTS-Punkten zu belegen.

(9) ¹Die Wahl entsprechend der Wahlmöglichkeiten des Abs. 7 Satz 1 und des Abs. 8 ist gegenüber dem Prüfungsamt bis zum 31. Oktober 2010 schriftlich zu erklären. ²Wird keine Wahl erklärt, gilt der Studienverlaufsplan vor dem Wintersemester 2010/2011.

(10) Module und Prüfungen nach der Prüfungsordnung in der Fassung vor dieser Änderungssatzung, die mit dieser Änderungssatzung ersetzt worden sind, aber für laufende Kohorten noch angeboten werden, werden letztmalig im Wintersemester 2013/2014 angeboten.

(11) ¹Die achtzehnte Änderungssatzung tritt am 1. Oktober 2017 in Kraft. ²Sie gilt für alle Studierenden, die das Studium ab dem Wintersemester 2017/2018 aufnehmen werden.

(12) ¹Die neunzehnte Änderungssatzung tritt am 1. Oktober 2019 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 gilt die Änderung in § 11 Abs. 3 für alle Prüfungsverhältnisse, die ab dem Wintersemester 2019/2020 begründet werden (Erstversuch).

Anlage zur Prüfungsordnung für die Bachelorstudiengänge der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FAU

Anlagenverzeichnis:

[aufgehoben]

Anlage 1 Bachelor in Wirtschaftswissenschaften

[aufgehoben]

Anlage 2

[aufgehoben]

Anlage 3 Bachelor in Sozialökonomik

[aufgehoben]

Anlage 4

[aufgehoben]

Anlage 5

Studienverlaufspläne für einen Studienbeginn zum Sommersemester 2011 und 2012:

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Betriebswirtschaftslehre (BWL)		Semester					
		1 (SS)	2 (WS)	3 (SS)	4 (WS)	5 (SS)	6 (WS)
ECTS		ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS
Übersicht / Welt des Unternehmens	15						
Unternehmensplanspiel	5	5*					
Unternehmen, Märkte, Volkswirtschaften	5		5				
Unternehmer und Unternehmen	5		5*				
Methodische Grundlagen der WiWi	30						
Buchführung	5		5				
IT und E-Business	5		5				
Mathematik	10	10*					
Statistik	10	10*					
BWL / Unternehmen und ihr Geschäft	15						
Absatz	5			5			
Jahresabschluss	5			5			
Produktion, Logistik, Beschaffung	5		5				
VWL / Unternehmen und ihr Umfeld	15						
Makroökonomie	5			5			
Mikroökonomie	5			5			
Wirtschaft und Staat	5				5		
Recht	10						
Grundlagen des öffentlichen Rechts und des Zivilrechts	5		5				
Wirtschaftsprivatrecht	5			5			
Schlüsselqualifikationen	15						
Sprachen	5	5*					
Praxis der emp. Wirtschaftsforschung	5					5	
Schlüsselqualifikationsmodul	5			5			
Kernbereich des Schwerpunkts BWL	20						
Kostenrechnung und Controlling	5				5		
Internationale Unternehmensführung	5					5	
Investition und Finanzierung	5					5	
Business Plan Seminar/Planspiel/Fallstudienseminar (alternativ)	5						5*
Vertiefungsbereich des Schwerpunkts BWL	60						
Studienbereich oder 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS**	20				10	5	5
Studienbereich oder 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS**	20				10	10	
freies Vertiefungsmodul*	5						5
Modul Bachelorarbeit (inkl. Seminar)	15						15
ECTS	180	30	30	30	30	30	30

* Veranstaltung findet außerplanmäßig in diesem Semester statt.

** 25 der 45 ECTS müssen aus Vertiefungsmodulen im Bereich BWL belegt werden.

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Volkswirtschaftslehre (VWL)		Semester					
		1 (SS)	2 (WS)	3 (SS)	4 (WS)	5 (SS)	6 (WS)
	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS
Übersicht / Welt des Unternehmens	15						
Unternehmensplanspiel	5	5*					
Unternehmen, Märkte, Volkswirtschaften	5		5				
Unternehmer und Unternehmen	5		5*				
Methodische Grundlagen der WiWi	30						
Buchführung	5		5				
IT und E-Business	5		5				
Mathematik	10	10*					
Statistik	10	10*					
BWL / Unternehmen und ihr Geschäft	15						
Absatz	5			5			
Jahresabschluss	5			5			
Produktion, Logistik, Beschaffung	5		5				
VWL / Unternehmen und ihr Umfeld	15						
Makroökonomie	5			5			
Mikroökonomie	5			5			
Wirtschaft und Staat	5				5		
Recht	10						
Grundlagen des öffentlichen Rechts und des Zivilrechts	5		5				
Wirtschaftsprivatrecht	5			5			
Schlüsselqualifikationen	15						
Sprachen	5	5*					
Praxis der emp. Wirtschaftsforschung	5					5	
Schlüsselqualifikationsmodul	5			5			
Kernbereich des Schwerpunkts VWL	20						
Außenwirtschaft	5				5		
Ökonomie des öffentlichen Sektors	5					5	
Arbeitsmarktpolitik	5				5		
Wettbewerbstheorie und -politik	5					5	
Vertiefungsbereich des Schwerpunkts VWL	60						
Studienbereich oder 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS**	20				5	5	10
Studienbereich oder 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS**	20				10	10	
freies Vertiefungsmodul*	5						5
Modul Bachelorarbeit (inkl. Seminar)	15						15
ECTS	180	30	30	30	30	30	30

* Veranstaltung findet außerplanmäßig in diesem Semester statt.

** 25 der 45 ECTS müssen aus Vertiefungsmodulen im Bereich VWL belegt werden.

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik (WI)		Semester					
		1 (SS)	2 (WS)	3 (SS)	4 (WS)	5 (SS)	6 (WS)
	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS
Übersicht / Welt des Unternehmens	15						
Unternehmensplanspiel	5	5*					
Unternehmen, Märkte, Volkswirtschaften	5		5				
Unternehmer und Unternehmen	5		5*				
Methodische Grundlagen der WiWi	30						
Buchführung	5		5				
IT und E-Business	5		5				
Mathematik	10	10*					
Statistik	10	10*					
BWL / Unternehmen und ihr Geschäft	15						
Absatz	5			5			
Jahresabschluss	5			5			
Produktion, Logistik, Beschaffung	5		5				
WVL / Unternehmen und ihr Umfeld	15						
Makroökonomie	5			5			
Mikroökonomie	5			5			
Wirtschaft und Staat	5				5		
Recht	10						
Grundlagen des öffentlichen Rechts und des Zivilrechts	5		5				
Wirtschaftsprivatrecht	5			5			
Schlüsselqualifikationen	15						
Sprachen	5	5*					
Praxis der emp. Wirtschaftsforschung	5					5	
Schlüsselqualifikationsmodul	5			5			
Kernbereich des Schwerpunkts WI	20						
Allgemeine WI I: IT-gestützte Unternehmensführung	5				5		
Allgemeine WI II: E-Business Management	5					5	
Allgemeine WI III: IT-Management	5				5		
Business Plan Seminar/Planspiel/Fallstudienseminar (alternativ)	5					5	
Vertiefungsbereich des Schwerpunkts WI	60						
Studienbereich oder 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS**	20				15		5
Studienbereich oder 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS**	20					10	10
freies Vertiefungsmodul*	5					5	
Modul Bachelorarbeit (inkl. Seminar)	15						15
	ECTS	180	30	30	30	30	30

* Veranstaltung findet außerplanmäßig in diesem Semester statt.

** 25 der 45 ECTS müssen aus Vertiefungsmodulen im Bereich WI belegt werden.

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Betriebspädagogik / Studienrichtung I (Wipäd I)		Semester					
		1 (SS)	2 (WS)	3 (SS)	4 (WS)	5 (SS)	6 (WS)
	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS
Übersicht / Welt des Unternehmens	15						
Unternehmensplanspiel	5	5*					
Unternehmen, Märkte, Volkswirtschaften	5		5				
Unternehmer und Unternehmen	5		5*				
Methodische Grundlagen der WiWi	30						
Buchführung	5		5				
IT und E-Business	5		5				
Mathematik	10	10*					
Statistik	10	10*					
BWL / Unternehmen und ihr Geschäft	15						
Absatz	5			5			
Jahresabschluss	5			5			
Produktion, Logistik, Beschaffung	5		5				
VWL / Unternehmen und ihr Umfeld	15						
Makroökonomie	5			5			
Mikroökonomie	5			5			
Wirtschaft und Staat	5				5		
Recht	10						
Grundlagen des öffentlichen Rechts und des Zivilrechts	5		5				
Wirtschaftsprivatrecht	5			5			
Schlüsselqualifikationen	15						
Sprachen	5	5*					
Praxis der emp. Wirtschaftsforschung	5				5		
Schlüsselqualifikationsmodul	5				5		
Kernbereich des Schwerpunkts Wipäd I	25						
Grundlagen der Wirtschafts- und Betriebspädagogik	5			5			
Berufliche Weiterbildung	5				5		
Präsentations- und Moderationstechniken	5				5		
Betriebspädagogisches Seminar	5				5		
Erkundungsprojekt <u>oder</u> Schulpraktische Studien (SPS)	5				5		
Vertiefungsbereich des Schwerpunkts Wipäd I	55						
Studienbereich Wipäd: 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS	20				10	5	5
zwei freie Vertiefungsmodule á 5 ECTS	10				5		5
Vertiefungsmodul Kostenrechnung und Controlling	5						5
Vertiefungsmodul Investition und Finanzierung	5					5	
Modul Bachelorarbeit (inkl. Seminar)	15						15
ECTS	180	30	30	30	30	30	30

* Veranstaltung findet außerplanmäßig in diesem Semester statt.

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften

Bachelor in Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Betriebspädagogik / Studienrichtung II (Wipäd II)		Semester					
		1 (SS)	2 (WS)	3 (SS)	4 (WS)	5 (SS)	6 (WS)
	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS	ECTS
Übersicht / Welt des Unternehmens	15						
Unternehmensplanspiel	5	5*					
Unternehmen, Märkte, Volkswirtschaften	5		5				
Unternehmer und Unternehmen	5		5*				
Methodische Grundlagen der WiWi	30						
Buchführung	5		5				
IT und E-Business	5		5				
Mathematik	10	10*					
Statistik	10	10*					
BWL / Unternehmen und ihr Geschäft	15						
Absatz	5					5	
Jahresabschluss	5			5			
Produktion, Logistik, Beschaffung	5		5				
VWL / Unternehmen und ihr Umfeld	15						
Makroökonomie	5			5			
Mikroökonomie	5			5			
Wirtschaft und Staat	5				5		
Zweifach	15						
Je nach Zweifach unterschiedlich. Die Festlegung der Module erfolgt durch die beteiligten Fächer.	15				10	5	
Rechtlicher Rahmen	10						
Grundlagen des öffentlichen Rechts und des Zivilrechts	5		5				
Wirtschaftsprivatrecht	5			5			
Kernbereich des Schwerpunkts Wipäd II	25						
Präsentations- und Moderationstechniken	5				5		
Grundlagen der Wirtschafts- und Betriebspädagogik	5			5			
Betriebspädagogisches Seminar	5					5	
Berufliche Weiterbildung	5			5			
Erkundungsprojekt oder Schulpraktische Studien (SPS)	5				5		
Vertiefungsbereich des Schwerpunkts Wipäd II	55						
Studienbereich Wipäd: 4 Vertiefungsmodule á 5 ECTS	20	5			5	5	5
Zweifachvertiefung	10					5	5
Vertiefungsmodul Kostenrechnung und Controlling	5						5
Vertiefungsmodul Investition und Finanzierung	5					5	
Modul Bachelorarbeit (inkl. Seminar)	15						15
	ECTS	180	30	30	30	30	30

* Veranstaltung findet außerplanmäßig in diesem Semester statt.